

**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 1 (1960)  
**Heft:** 45  
  
**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 15.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

nen Kraft auf dem eingeschlagenen Weg fortbewegt. Wenn das behauptet werden könnte, so wäre mit einem weiteren Abflauen der sowjetischen Aggressivität zu rechnen, denn der revolutionäre Impetus der heutigen Führer müsste allmählich verloren gehen. Wer diese Schlussfolgerung zieht, verfällt aber leicht in den Fehler, sowjetische Verhältnisse mit den Massstäben der freien Welt zu messen, wo die Eigengesetzlichkeit soziologischer Entwicklungen weitgehend geschützt und gesichert ist. Unter den Verhältnissen der totalitären Diktatur ist es jedoch immer möglich, eine unerwünschte Entwicklung abzustopfen.

Die «Verbürgerlichung», das heisst die Hebung des individuellen Lebensstandards, ist eines der wichtigsten Ziele der freien Welt. Sie hat deshalb ein unmittelbares Interesse,

#### eine solche Verbürgerlichung auch im kommunistischen Lager zu fördern.

Dazu kommt, dass jede Verbürgerlichung den revolutionären Geist abdämpft. So hat die freie Welt auch mittelbar ein Interesse, eine solche Entwicklung im Ostblock zu fördern. Es stellt sich somit die Frage, wie das möglich sei.

Zunächst muss die Sowjetunion mit den Herrschaftsverhältnissen im kommunistischen Lager als Imperium bezeichnet werden. Sie unterliegt somit den Gesetzmässigkeiten aller Imperien. Ein Imperium aber schöpft seine Lebenskraft aus der Expansion. Sobald es stationär ist, verliert es die Atemmöglichkeit und beginnt zu ersticken. Stagnation bedeutet für jedes Imperium Rückschritt, und dieses leitet meistens den Zerfall ein. Diese Ueberlegung lässt einen wichtigen Schluss zu: Wenn nämlich das Imperium nicht auf militärischem Schlachtfeld angegriffen werden kann, muss seine Lebensfähigkeit dadurch unterbunden werden, dass es an der weiteren Ausdehnung verhindert wird. Auf diese Weise wird der revolutionäre Geist allmählich so verwässert, dass er schliesslich jede Energie verliert. Eine solche Entwicklung steht in einem funktionellen Verhältnis zur Verbürgerlichung.

#### Es wird also zu fordern sein,

dass die freie Welt den Kommunismus konsequent daran hindert, seinen Herrschaftsbereich auszudehnen. Die Verbürgerlichungstendenz innerhalb der kommunistischen Welt kann aber auch propagandistisch gefördert werden. Wenn die freie Welt immer wieder darauf verweist, dass zwar nicht die Scheidung in arm und reich ihr Ziel ist, wohl aber die Möglichkeit des einzelnen Individuums, seine persönlichen Anliegen unabhängig von Staat und Partei zu verwirklichen, dann gewinnt sie dieser Idee zweifellos Anhänger.

## Abwanderung aus der DDR

Der einzige Staat auf der Welt, dessen Bevölkerung in erschreckendem Masse abnimmt, ist die DDR. Von 18,4 Millionen im Jahre 1945, ist ihre Zahl auf 17,1 Millionen im laufenden Jahre gesunken und die Experten rechnen mit einem weiteren Rückgang auf zirka 16 Millionen bis 1965, sofern sich bis dahin nicht sehr grundlegende Änderungen im politischen Bild der DDR ergeben.

Bisher hat sich, trotz der 3,3 Millionen, die seit 1945 aus der Zone flüchteten, der



Abfall der Bevölkerungszahlen noch einigermaßen langsam vollzogen, was auf einen bescheidenen Geburtenüberschuss zurückzuführen ist, dann aber auch aus der *Zuwanderung* aus der Bundesrepublik, die nicht unberücksichtigt bleiben darf.

65 Prozent dieser Leute zogen aus überwiegend ökonomischen Gründen in die DDR, weil man ihnen als Spezialisten besonders günstige Arbeitsplätze und Wohnbedingungen zu bieten hatte. 25 Prozent gaben als Motiv ihrer Uebersiedlung in die DDR familiäre Bindungen an. Bei den andern handelt es sich einfach um «Binnenwanderer». Die Uebersiedlung vom Westen nach dem Osten scheint jedoch in letzter Zeit abzuflauen und bereits im vergangenen Jahre kehrten 40 Prozent der «Westflüchtlinge» nach wenigen Monaten wieder in die Bundesrepublik zurück, mit dem Unterschied, dass sie diesmal als wahre Flüchtlinge ohne Hab und Gut wiederkamen. Die Illusionen, unter denen die meisten bisherigen Umsiedler ihren Entschluss fassten, haben durch Ulbrichts Enteignungen in Landwirtschaft, Handwerk und Handel den Todesstoss erhalten, wie die «Freie Rundschau» München, im September-/Oktoberheft berichtet.

Trotz allen Absperrmassnahmen aber steigen die Zahlen der Ostflüchtlinge, ohne bereits den kritischen Höhepunkt erreicht zu haben, denn der Jahrgang 1940 (der heute 20jährigen), der mit rund 340 000 jungen Menschen dem Regime einen kräftigen Zustrom an Arbeitskräften beschert, ist der letzte beachtliche Zufluss. Von nun an werden die Kriegsjahrgänge sowohl in den Arbeitsprozess der DDR wie auch ins heiratsfähige Alter eintreten. Der Jahrgang 1945 weist z. B. nur noch 150 000 Bur-schen und Mädchen auf, und was um das Jahr 1965 herum im Berufsleben eine grosse Lücke bringen wird, dürfte zur bevölkerungspolitischen Katastrophe werden,

wenn diese Kriegsjahrgänge erst einmal die Eltern-Generation stellen. Dann werden statt wie heute jährlich 260 000 Kinder nur noch knapp 100 000 Kinder pro Jahr geboren werden. Diesen 100 000 Erdenbürgern steht dann ein jährlicher Sterblichkeitsabgang von 210 000 Personen gegenüber.

Natürlich sind solche Berechnungen theoretischer Natur, weil sich die Situation ändern kann, dann nämlich, wenn die politische Situation anders werden sollte. Aber der biologische Schrumpfungsvorgang wird durch keine andern Faktoren aufzuhalten sein. Das Regime Ulbricht hat seine Politik jedoch auf lange Sicht so festgelegt, dass es die von ihm ausgelöste Lawine der «Vollsozialisierung» und damit der physischen Vernichtung der mitteldeutschen Bevölkerung nicht mehr bremsen kann. Es hat nämlich eines übersehen: dass die Ostdeutschen keine Chinesen sind, die trotz Volkskommunen und Terror einen jährlichen Geburtenüberschuss von 12 Millionen Menschen haben.

Unsere Darstellung gibt Aufschluss über die Entvölkerung der DDR und den Anteil der Bevölkerung nach Altersstufen.

## Politik

### Afrika

## OAF in Vorbereitung

Mit einer Mischung von Hoffnung und Sorge prüft Grossbritannien gegenwärtig ein Projekt, das die Zusammenfassung der vier Territorien Tanganjika, Uganda, Kenia und die Sansibar-Insel zu einer Ostafrikanischen Föderation vorsieht, die noch weitere Gebiete aufnehmen könnte. Vater des Projektes ist Chefminister Nyerere von Tanganjika, dem auf dem Wege zur Unabhängigkeit am weitesten fortgeschrittenen Gebiet, da es bereits über

eine einheimische Repräsentativregierung verfügt, während die drei übrigen Territorien diese Stufe frühestens nach den allgemeinen Wahlen vom kommenden Frühling erreichen werden.

Der afrikanische Chefminister führte in London dem Kolonialminister Macleod und in Afrika den Gouverneuren der fraglichen Gebiete seine Pläne vor.

Sobald alle vier zukünftigen Partner die gleiche Entwicklungsstufe erreicht haben, will Nyerere die Verhandlungen über die Bildung des neuen Staatenbundes aufnehmen und dann erst die Mitglieder gleichzeitig zur völligen Unabhängigkeit führen. Denn, argumentiert er, das Beispiel Europas habe gezeigt, dass Staaten selbst zu einem im Prinzip als günstig erkannten Zusammenschluss kaum mehr bewogen werden können, wenn sie dabei ihre nationale Souveränität zu opfern haben.

Seinen Plan will der ostafrikanische Führer durchführen, ohne die künftige Föderation der Kontrolle der Vereinten Nationen zu unterstellen.

Bereits sieht Nyerere auch eine allfällige Erweiterung der Föderation vor. Njassaland könnte nach durchgeführter Sezession von der Zentralafrikanischen Föderation dank dem Nationalistenführer Dr. Banda (KB, Nr. 15) dem neuen Gebilde beitreten. Selbst ein Zuwachs ausserhalb der britischen Territorien scheint in Erwägung gezogen zu werden: Ruanda-Urundi, das Uno-Treuhandgebiet unter belgischer Verwaltung.

Diese zusätzlichen Pläne sind vorläufig wenig mehr als blosse Spekulationen. Aber sie zeigen, dass ein ostafrikanisches «Konkurrenzunternehmen» die Krise der ZAF noch beschleunigen könnte.

Die Afrikaner Nordrhodesiens und Njassalands werden in der Zentralafrikanischen Föderation faktisch von Südrhodesien aus nach kolonialen Prinzipien verwaltet; in der afrikanisch regierten neuen Föderation wären sie in jeder Hinsicht gleichberechtigt.

An sich müsste Grossbritannien die Idee eines ostafrikanischen Staatenbundes trotz mehrfach gescheiterter ähnlicher Projekte begrüssen. Sie würde eine Stabilisierung der afrikanischen Verhältnisse bewirken und einen künftigen einheitlichen Markt einer Bevölkerung von 22 Millionen schaffen.

Der Plan würde allerdings eine beschleunigte Unabhängigkeitsentwicklung der künftigen Partner Tanganjikas verlangen. Deshalb wird er auch von den beiden sich sonst heftig befehdenden Parteien Kenias (KANU und KABU, KB, Nr. 43) unterstützt. London, das gerade in diesen Tagen ein erneutes Anschwellen extremistisch-nationalistischer Töne mit Kampfansage gegen die Weissen aus Kenia vernehmen musste, betrachtet diesen Aspekt der Sache mit zwiespältigen Gefühlen.

Eine weitere Schwierigkeit liegt in Uganda, welches in der Provinz Buganda ein altes Königreich einschliesst, das noch monarchisch verwaltet wird. Der Kabaka (König) fürchtet für das Weiterbestehen seiner Regierungsform und hat auch jetzt wieder zu erkennen gegeben, dass ihm an Verhandlungen zur Bildung der Föderation nichts gelegen ist. Nyerere hofft, ihn von der Möglichkeit eines modus vivendi überzeugen zu können, wonach Buganda innerhalb des Bundes einen besonderen Status beibehalten könnte.

## Politische Dichtung

### Kongo Bis zur Ekstase

O Gott, befreie uns von den faschistischen Truppen,  
O Gott, befreie uns vom kommunistischen Geist,  
O Gott, befreie uns von der Gefrässigkeit Ghanas,  
O Gott, befreie uns von der Falschheit Guineas,  
O Gott, befreie uns vom gierigen Nkrumah,  
O Gott, befreie uns vom Verräter Patrice Lumumba. Amen.

Diese «Litanei eines Kongolesen, der die Freiheit liebt», erschien in der Zeitung «Unser Kongo», Organ der Abako-Partei Kasavubus. Der in liturgischer Form gehaltene Gesang ist ein recht gutes Beispiel für die politische Lyrik, die in der kongolesischen Presse einen starken Aufschwung genommen hat.

Anstelle der Reproduktion programmatischer Schreiben und Reden der Parteiführer tritt seit dem Herbst in vermehrtem Masse das gebundene Pathos in Erscheinung, das zweifellos ein starkes Mitschwingen der Gefühle beim Leser bewirken kann. Das obenstehende Gedicht wäre ohne weiteres auch als politisches Wechselgebet in einer Versammlung denkbar, wo es eine unmittelbare Kraft entfalten würde.

Bezeichnend ist in einem andern politischen Gedicht, einem Loblied auf den Präsidenten, der Titel: «Kasavubu, Du guter Hirte», mit der gewollten Assoziation an das christliche Bild.

Im Gegensatz dazu steht etwa ein in der «Présence Congolèse» veröffentlichter Hassgesang auf Lumumba mit folgenden Versen:

Tod, Tod dem Lumumba!  
Das Volk verlangt Deinen Tod  
Im Namen von Gott und Mensch.  
Nieder, nieder mit Dir, Lumumba!  
Dieser Verräter, ah, was für ein Verbrecher!  
Es gibt keine Gnade für diesen Teufel,  
Seinen Kopf verlangen wir.

Schliesslich noch ein Beispiel für die reichliche Kritik an der Uno:

Ah, Du, Uno, willst Du in meinem Vaterland Verbrechen und Barbarei herrschen lassen?  
Ich sage Dir, tue es nicht und verschone mich mit Finsternis und unruhigen Tagen. Du bist nicht mehr die Organisation der Vereinten Nationen, Du bist die Desorganisation der Vereinten Nationen.

Das sind Formen der politischen Meinungsäusserungen in bestimmten Gebieten Afrikas. Rhetorisch gehoben, heftig bis zur Ekstase oder in eine witzige Wendung ausmündend, unbedenklich religiöse Vorstellungen ausnützend, eine Mischung von Naivität und wirkungsbewusster Subtilität. Vermutlich nicht nur ein Phänomen, sondern auch eine Macht.

## Allgemein

### Wie die Menschheit wohnt

Wenn heute die wirtschaftliche, politische wie soziale Verflechtung der Völker der ganzen Welt immer mehr in den Vordergrund des Interesses rückt, von Entwicklungshilfe und der Liberalisierung der noch unter Kolonialherrschaft stehenden Länder die Rede ist, dürften auch die Fragen der Wohnverhältnisse, als einer der vielen Aspekte, kurz beleuchtet werden.

Bei der Beurteilung aller Probleme, die andere Völker und Kontinente betreffen, sollte man nicht übersehen, dass die Menschheit bis heute zum kleineren Teil in eigentlichen «Häusern» wohnt, wie wir

## Das neue Gesicht Afrikas: Britisch-Ostafrika

Uganda, Kenia und Tanganjika bilden zusammen das Hochkommissariat Britisch-Ostafrika. Ruanda-Urundi ist Uno-Treuhandschaftsgebiet unter belgischer Verwaltung.

Uganda (Brit. Protektorat)

Bodenfläche: 243 410 Quadratkilometer

Einwohner: 5,7 Millionen

Hauptstadt: Entebbe

Währungsparität: 1 EA-Pfund (Ostafrika-Pfund) = 1 Pfund Sterling.

Wichtige Landesprodukte: Kaffee, Tee, Baumwolle, Kupfer.

Kenia (Brit. Kolonie und Protektorat)

Bodenfläche 582,664 Quadratkilometer

Einwohner: 6,3 Millionen

Hauptstadt: Nairobi

Währungsparität wie Uganda

Wichtigste Landesprodukte: Sisal, Tee, Baumwolle, Erzeugnisse der Viehwirtschaft.

Tanganjika (Uno-Treuhandschaftsgebiet unter britischer Verwaltung)

Bodenfläche: 939 300 Quadratkilometer

Einwohner: 9,1 Millionen

Hauptstadt: Daressalam

Währungsparität wie Uganda und Kenia  
Wichtigste Landesprodukte: Sisal, Baumwolle, Kaffee, Tee, Gold, Diamanten.

Ruanda-Urundi (Uno-Treuhandschaftsgebiet unter belgischer Verwaltung)

Bodenfläche: 54,172 Quadratkilometer

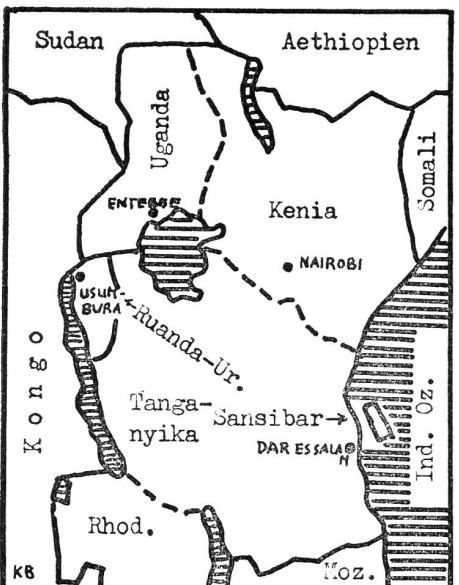
Einwohner: 4,6 Millionen

Hauptstadt: Usumbura

Währungsparität: 1 kfr. (Kongo-Franc) = 1 bfr. (Mitglied der belgischen Franc-Zone).

Es bestand eine Wirtschafts-, Währungs- und Zollunion mit Belgisch-Kongo, die durch dessen Selbständigkeit Veränderungen erfahren wird.

Wichtigste Landesprodukte: Kaffee, Kakao, sonstige tropische Agrarerzeugnisse.



sie im Abendland kennen. Wie unsere Darstellung zeigt, leben noch zirka 1,3 Milliarden Menschen in Behausungen, die man als Hütten bezeichnen muss, 0,4 bis 0,5 Milliarden bewohnen sogar Zelte, was damit zu erklären ist, dass diese Leute nomadisieren. Nur zirka 700 Millionen haben das Dach eines sogenannten Hauses über ihrem Kopf.

Es versteht sich, dass daraus nicht der Schluss abgeleitet werden kann, diese Menschen wollten alle in Häusern wohnen, da die ethnischen, sozialen und klimatischen Gegebenheiten in jenen Zonen in Betracht gezogen werden müssen. Dennoch scheint sich ein Zug in dieser Richtung bemerkbar zu machen, der nicht nur durch die ständige Zunahme der Bevölkerungen bedingt ist. Die Menschen aus Entwicklungsgebieten, wenn sie auf allen andern Sektoren mit der sogenannten «Zivilisation» in Berührung kommen und deren «Segnungen» kennenlernen, möchten begreiflicherweise auch anständige Wohnbedingungen erhalten.

Leitsätze für gesundes Wohnen sind nach den Satzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) u. a.:

Eine Wohnung muss folgende Bedürfnisse des Menschen befriedigen: Wohnen, Schlafen, Kochen, Haushaltführen, Körperpflege. (Kein Raum darf gleichzeitig zum Wohnen, Schlafen und Kochen benützt werden, sondern höchstens zum Wohnen und Schlafen oder Wohnen und Kochen.)

In jeder Wohnung muss sich ein WC befinden.

Auch Kleinstwohnungen müssen diese Mindestanforderungen erfüllen.



(Schätzungen nach ethnologischen Unterlagen)

Primitivwohnungen (Baracken, Bunker, Wohnhöhlen) sind keine Lösungen der Wohnungsfrage und bilden hygienische Gefahrenherde.

Einwandfreie Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung sind bei jeder Planung sicherzustellen usw.

Dass auch die Sowjetunion, die in einem gewissen Sinne selber noch Entwicklungsland ist und einen ungeheuren Nachholbedarf an Wohnraum aufweist, ihren Wohnungsbau in letzter Zeit enorm forciert, berichtete der KB in Nr. 44. (In Moskau allein sollen jeden Tag 60 Wohnungen fertiggestellt werden, wozu die vorgefertigten Teile z. T. mit Hubschraubern zusammengesetzt werden. Dennoch wird in den Zeitungen über ein schleppendes Vorankommen im Wohnungsbau geklagt, weil die modernen Baumethoden wegen der bürokratischen Haltung leitender Stellen nicht in vollem Umfang angewendet werden können).

## Landwirtschaft

## Sowjetunion

# Reparaturbedürftiger Reparaturdienst

Die Mechanisierung der Landwirtschaft ist einer der ältesten Propagandaschläger der Sowjetunion. Die Produktionszahlen der entsprechenden Betriebe können zwar beeindruckend, auch ist die Zahl der landwirtschaftlichen Maschinen und namentlich der Traktoren im Besitze der Kolchosen und Sowchosen beträchtlich. Die Rentabilität ist aber schon seit Jahren durch organisatorische Mängel ihres Einsatzes in Frage gestellt und bildet einen Teil der Gründe für die Abschaffung der Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) und die Uebergabe des Maschinenparks an die landwirtschaftlichen Betriebe.

Als Chruschtschew dieses Experiment durchsetzte, ahnte man, dass die Uebergabe der Maschinen an die Kolchosen, ohne gleichzeitige Lösung der Frage des technischen Unterhaltes, des Services und der fachmännischen und fristgemässen Reparaturen, noch keine Lösung des Problems darstellt. Heute werden die Stimmen immer zahlreicher, die eine Neuorganisation des Reparaturdienstes verlangen.

Als besonders nachteilig werden die Doppelspurigkeit und das Fehlen einer zentralen, einheitlichen Leitung in der Organisation des Reparaturdienstes bezeichnet. Ein Teil der Reparaturwerkstätten gehört nämlich den Volkswirtschaftsräten, ein anderer den Gebietsämtern des Landwirtschaftsministeriums und andere wiederum den einzelnen landwirtschaftlichen Betrieben.

Eine Gruppe von Fachleuten befürwortet nun die Dezentralisierung des Reparaturdienstes, wobei in Anlehnung an die Organisation des Gesundheitswesens (wo in jeder Ortschaft eine Apotheke, in jeder grösseren Ortschaft eine Poliklinik und nur in Bezirksorten Krankenhäuser bestehen) auch für die Reparaturen der Landwirtschaftsmaschinen kleinere lokale Werkstätten, grössere für kompliziertere Reparaturen und in den Bezirksorten Reparaturfabriken eingerichtet werden sollen.

Ein anderer Teil der Spezialisten vertritt dagegen die Ansicht, dass nur die straffe

Zentralisierung des Reparaturdienstes und die Ausführung der meisten Reparaturen in grösseren Fabriken zweckmässig sei.

Die massgebenden landwirtschaftlichen Organe haben sich zu diesen Problemen noch nicht geäussert. Wahrscheinlich werden diese Fragen jedoch vom bevorstehenden Parteipodium im Dezember dieses Jahres behandelt, welches ja ausschliesslich den Problemen der Landwirtschaft gewidmet ist.

Noch wichtiger als der Fragenkomplex der Reparaturen ist aber die Tatsache der unwirtschaftlichen und unsorgfältigen Behandlung der Maschinen in den einzelnen Betrieben überhaupt. Die «Prawda» veröffentlichte kürzlich einen Leitartikel, in dem all jene Kolchosleiter getadelt wurden, die «ungeschultes Personal» und «Halbwüchsige» zur Betreuung der teuren Maschinen einsetzen, welche diese Geräte im Freien, ohne Wetterschutz, überwintern lassen, oder welche diese Maschinen oft wegen geringfügiger, leicht behebbarer Defekte einfach monatelang unbenutzt auf den Feldern stehen lassen. Dabei handelt es sich keineswegs um Einzelfälle, sondern um weitverbreitete Missstände, welche die grosse Zahl von Reparaturen verursachen, die aber niemals auf dem Dekretwege behoben werden können, weil sie ihren Ursprung im allgemeinen Verhältnis des Sowjetbürgers zum sozialistischen, das heisst «staats-eigenen» Besitz haben.

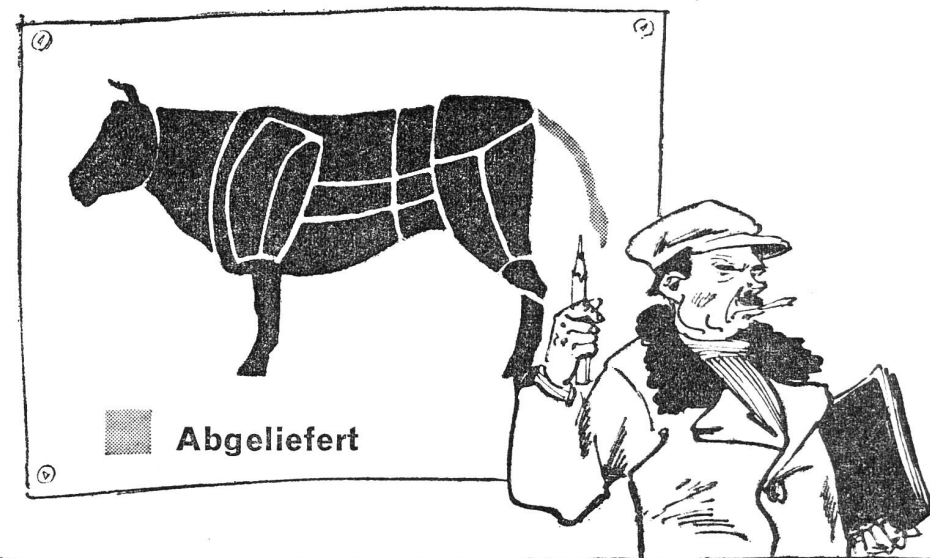
## Wirtschaft

## Sowjetunion

# Im Schiff vom Weissmeer nach Moskau

Es ist bekannt, dass die UdSSR schon seit Jahrzehnten alles Gewicht auf den Ausbau der Binnenwasserstrassen gelegt hat, um den Gütertausch der einzelnen Republiken zu stimulieren.

«In den letzten drei Quartalen konnten wir unser Plansoll bloss teilweise erfüllen», bemerkt die sowjetische satirische Zeitschrift «Krokodil» vom 10. November zur untenstehenden Karikatur über nicht erfolgte landwirtschaftliche Lieferungen.





Im vollen Ausbau befindet sich gegenwärtig der WOLGA-Baltikum-Kanal, der einen Hauptbestandteil des Siebenjahresplanes darstellt.

Die Gesamtlänge des neuen Wasserweges wird 361 km betragen und damit wesentlich grösser sein als der Weissmeer-Baltikum-Kanal (Stalin-Kanal 227 km), der Moskau-Kanal (120 km), welcher die Moskwa mit der Wolga verbindet, länger auch als der Wolga-Don-Kanal (Lenin-Kanal 101 km).

Der Wolga-Baltikum-Kanal, der sieben Eisenbetonschleusen aufweist, deren Profile so gross sind, dass die grössten Wolgaschiffe bequem durchfahren können, wird nach seiner Fertigstellung von eminenter wirtschaftlicher Bedeutung sein und das Wassersystem des europäischen Teils der UdSSR vervollständigen.

Leningrad wird dadurch zum wichtigsten Flusshafen der Sowjetunion, und der Anteil der auf dem Wasserweg getätigten Transporte soll sich um 60 bis 65 Prozent erhöhen.

## Werbekultur

### UdSSR

## Es ändert sich die Zeit...

Die «Iswestija» vom 16. November bemängelt in einem Artikel betitelt «Im Licht der Reklame», dass viele Städte der UdSSR noch ein veraltetes, geschmackloses Kleid trügen. «Schwere, grosse Metall- und Holzrahmen tragen die Geschäftsbezeichnungen, Standardfrauenköpfe bezeichnen die Coiffeur-Salons, Pyramiden aus alten Büchsen und leeren Flaschen 'schmücken' die Schaufenster der Lebensmittelläden und die grobklotzigen Mannequins machen schlechte Reklame für gute Kleider in den Auslagen der Konfektionsgeschäfte. Viele Dekorateurs vergessen, dass die Reklame eine Bestimmung hat, nämlich die Aufmerksamkeit der Kunden auf sich zu lenken. Dies erheischt jedoch, dass sie originell, farbenfroh und einmalig sein muss. Sobald in einem führenden Geschäft Moskau eine Reklameneuheit kreiert wird, wiederholen sie viele Geschäfte in serienmässiger Ausführung. Eine spezielle Reklamefabrik gibt in Albumform verschiedene Entwürfe heraus, in denen man viele neuartige Anregungen findet...»

Die Werbung nach westlichen Methoden, im Inserat wie auf dem Gebiet der Schaufensterdekoration, war in den Ostblockstaaten und in der UdSSR lange Zeit verpönt. Ueberdies war ja — theoretisch wenigstens — jedes Werben um den Käufer unnötig, denn der totale Einparteiestaat des Kommunismus dirigiert sowohl die Bedürfnisse des Konsumenten als auch die Herstellung, Verteilung und den Verkauf selber. Eine Konkurrenz um die Gunst der öffentlichen Meinung konnte es somit also nicht geben, und es gab sie auch lange nicht. In letzter Zeit jedoch (vergleiche auch KB, Nr. 7 und 8, «Der Osten greift zum Inserat» sowie «Die Werbung sagt die Wahrheit») begann die Presse, immer mehr Inserate zu veröffentlichen und gute Dekorationen der Schaufenster zu befürworten.

Was einst als Bestandteil des dekadent westlichen Lebens verwerflich schien, eben Werbung und Reklame, muss heute als Folge einer gewissen Liberalisierung gedeutet werden, zu der die Kommunisten

Zuflucht nehmen, um die Bevölkerung zufriedenzustellen. (Siehe auch «Verbürgerlichung der Sowjetgesellschaft» in der heutigen Nummer.)

## Religion und Rassenfragen

### Südafrika

## Front gegen Verwoerd

Erstmals muss Dr. Verwoerd von seiten der Kirche nicht nur mit unkoordinierter Kritik an seiner Rassenpolitik, sondern mit einer einheitlichen Front gegen das Prinzip der Apartheid rechnen.

Elf führende Theologen der drei holländisch-reformierten Kirchen des Landes haben in einer gemeinsamen Publikation die Rassendiskriminierung in Südafrika verurteilt. Diese Kirchen üben unter den weissen Büren grossen Einfluss aus.

Das Buch kam gerade noch zur rechten Zeit heraus: Im Januar wird dem Parlament ein Gesetz unterbreitet, das für alle Publikationen und meinungsbildenden Organe eine rigorose Zensur vorsieht. Zum Verbot genügt, dass eine Veröffentlichung als «unerwünscht» bezeichnet wird.

Erst vor kurzem hatte sich auch der katholische Klerus gegen die Rassendiskriminierung gewandt. Die einheitliche Stellungnahme der Konfessionen verstärkt noch die christliche Front gegen die Regierung.

Der anglikanische Bischof von Johannesburg, Dr. Ambrose Reeves, hatte sich nach den Unruhen im Frühling der Verhaftung nur durch Flucht entziehen können. Im September kehrte er nach Südafrika zurück, wurde aber bereits nach zwei Tagen ausgewiesen und lebt heute in London.

Unter den Auspizien des Oekumenischen Rates wird sich in Südafrika demnächst

## Sind Sie überzeugt,

dass «DER KLARE BLICK» als Aufklärungsorgan über die drohenden Gefahren des Kommunismus und alle andern Totalitarismen eine wichtige Aufgabe zu erfüllen hat, dann möchten Sie es sicher nicht damit bewenden lassen, nur sich selber zu informieren. Sie wünschen, dass auch Ihre Freunde und Bekannten über all diese von Tag zu Tag aktueller werdenden Fragen besser aufgeklärt werden. In diesem Falle ist ein

**GESCHENKABONNEMENT.**

für die Wochenzeitung **DER KLARE BLICK**

für \_\_\_\_\_

von \_\_\_\_\_

gültig für das Jahr 196...

das richtige. Hier zeigen wir Ihnen ein Muster unserer Geschenkkarte. Sie brauchen uns nur den Namen Ihres Bekannten zu schreiben. Daraufhin werden wir diesem den «klaren Blick» mit der Geschenkkarte des Sponsors zusenden und Ihnen dafür gelegentlich Rechnung stellen.

Administration und Verlag  
«Der klare Blick»

eine Konferenz der verschiedenen Kirchen mit der Apartheid befassen.

Auch die von der Apartheid selbst betroffene Bevölkerung hat wieder Mut gefasst. Erstmals seit der Machtübernahme der Nationalisten vor zwölf Jahren wurde in Kapstadt gegen die Rassenschranke in den Gaststätten demonstriert. Acht Farbige, Mitglieder der Liberalen Partei, nahmen während einer halben Stunde Platz in einem für Weisse reservierten Restaurant. Ähnliche Kundgebungen werden folgen. Was an diesem Zwischenfall besonders bemerkenswert war: Die über hundert weissen Kunden schienen das Eindringen der Demonstranten nicht weiter übelzunehmen.

## Curriculum der Woche

### JULIUS NYERERE

Chefminister von Tanganjika. Geboren 1923 als Häuptlingssohn des kleinen Zanaki-Stammes. Nach Besuch einer einheimischen Schule in Musoma Aufnahme in die katholische Missions-schule von Tabora. Konvertiert 1943. Lehrerseminar am Makerere-College (Uganda). Erwirbt 1949 sein Diplom und unterrichtet anschliessend bis 1949 in der Tabora-Missionsschule. Anschliessend England-Aufenthalt mit Studium an der Universität Edinburgh, wo er Geschichte und Oekonomie hört und mit einem Lizentiat abschliesst. 1952 Rückkehr nach Tanganjika, Mittelschullehrer in der Franziskusschule von Pugo bei Darassalam und Aufnahme politischer Betätigung. Beitritt zur Tanganjika-Afrikanischen Vereinigung, einer ursprünglich sozialen Organisation, deren Präsident er 1953 wird. Gibt der Vereinigung ein politisches Programm, das 1954 mit der Umwandlung in die Tanganjika African National Union (TANU) angenommen wird. Die Partei ist heute die führende politische Kraft im Uno-Treuhandschaftsgebiet unter britischer Verwaltung. Nyerere wird ebenfalls 1954 ein vom Gouverneur ernanntes provisorisches Mitglied des Legislativrates (Parlament mit eingeschränkten Befugnissen). Februar 1955 erste Reise nach New York, um vor dem Treuhandsausschuss der Uno als TANU-Vertreter zu sprechen. Wird darnach Berufspolitiker und unternimmt zahlreiche in- und ausländische Reisen, erscheint in den folgenden Jahren mehrmals vor Kommissionen und Ausschüssen der Uno. Wird 1958 gewähltes Mitglied des Legislativrates. Seine Partei gewinnt bei den Wahlen vom September 1958 und Februar 1959 neun der zehn afrikanischen Sitze. Wird im Juli 1960 beim Inkrafttreten der neuen Verfassung erster einheimischer Chefminister (Regierungschef eines noch nicht selbständigen Gebietes). Dürfte nach späterer Erlangung der Unabhängigkeit Tanganjikas Ministerpräsident werden und beim allfälligen Zustandekommen einer von ihm befürworteten ostafrikanischen Föderation die führende Rolle spielen. Gilt als weit-sichtiger, gemässigter Staatsmann und Hauptstütze der westlichen Bestrebungen zur Erreichung einer neuen Partnerschaft in Afrika. Verheiratet, zwei Kinder.

## Der Schnappschuss

Hongkong soll laut einem Vertrag mit dem chinesischen Paoan-Distrikt aus einem neuen Reservoir im Schumtschun jährlich über 20 Milliarden Liter Wasser erhalten. Der Vertrag ist nach beidseitigem Uebereinkommen unbefristet gültig. Nur sitzen die Chinesen auf der Seite, wo man den Hahnen abdrehen kann.

Das meistübersetzte Werk der Welt ist nicht mehr die Bibel. Schriften Lenins haben sie an die zweite Stelle zurückgesetzt. Es folgen Stalin und weitere kommunistische Autoren.

## Unser Memo

Kürzliche Instruktionen Moskaus an die kommunistischen Agenten auf der iberischen Halbin-  
sel können als Schulbeispiel der Kremltaktik dienen, die für den Westen nicht weniger gefährlich ist als der von Peking befürwortete «harte» Kurs. Die einzelnen Punkte sind den Gegebenheiten Spaniens und Portugal aufs sorgfältigste angepasst. Ausser auf ausdrückliche Weisung Moskaus sollen sich die Kommunisten der beiden Länder nie unter ihrem Namen betätigen, sondern sich als Neoliberale, progressistische Demokraten und Friedensfreunde ausgeben. Strikte untersagt, werden terroristische Aktionen. Programmatisch wird eine neutralistische Haltung angeordnet. Die Bevölkerung soll gegen die Errichtung amerikanischer Stützpunkte, gegen westliche Bündnisse im allgemeinen und gegen eine spanisch-portugiesische Allianz im besonderen aufgebracht werden. Innenpolitisch müsse jede Unzufriedenheit mit den bestehenden Systemen geschürt und auch grundsätzlich antikomunistische Opposition unterstützt werden.

Auch wird Wert darauf gelegt, keine religiösen Gefühle zu verletzen. Als Methoden werden Demonstrationen und das Schüren von Unruhen abgelehnt. Vorangetrieben werden, soll dagegen eine inten-

sive Infiltration in Organisationen und Aemtern. Besondere Aufmerksamkeit müsse Arbeitern und Studenten gewidmet werden, die unter anderm durch Stipendien zu gewinnen seien. Für die Befolgung dieser Instruktionen werden den Agenten die nötigen Mittel aus Moskau in Aussicht gestellt. Die Anweisungen bestätigen einmal mehr die Gefährlichkeit der vom Kreml im Westen angewandten Methoden. Durch grosse Kommunistenprozesse, wie sie in Madrid kürzlich stattgefunden haben, sind sie wohl kaum richtig zu bekämpfen. Aufklärung und Wachsamkeit in allen Bereichen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens ist eine zwingende Notwendigkeit, um dem Kommunismus auch in seiner verhüllten Form wirksam entgegenzutreten zu können.

## Die «ultra-milde» Justiz

Die Belgrader «Borba» nimmt Frankreich in ihrer Karikatur über die Haftentlassungen im Pariser Barrikadenprozess aufs Korn, die «Lagaillards Sprung aus dem Justizpalast» darstellt. «Halt», ruft de Gaulle, der seinen Algerienplan in Sicherheit zu bringen sucht, «du fällst mir auf den Kopf.»

Die Zeichnung hätte auch in der westlichen Presse erscheinen können. Sie bezieht sich lediglich auf die peinliche Situation, in welche die aufrührerischen Fallschirmjäger den Staatschef bringen, hütet sich aber,



## kurz

Zahlen zur neu eröffneten «Universität der Völkerfreundschaft» in Moskau: Für das erste Jahr wurden 561 Studenten immatrikuliert, 142 aus Südostasien, 46 aus dem Nahen und Mittleren

Osten, 120 aus Lateinamerika, 193 aus Afrika und 60 aus der Sowjetunion selbst. Insgesamt sind 65 Länder vertreten. Bis zum Ende der ersten Fünfjahresperiode sollen von den 210 Dozenten 4000 Studenten ausgebildet werden. Die Hochschule umfasst sechs Fakultäten, nämlich volkswirtschaftliche, technische, medizinische, naturwissenschaftliche (Physik und Mathematik), geschichtlich-philologische und landwirtschaftliche Abteilungen.

Einer Schätzung der amerikanischen Marine zufolge, verfügt China heute über die drittgrösste Unterseebootflotte der Welt (nach der Sowjetunion und den USA). Peking habe in der letzten Zeit über 20 moderne U-Boot-Einheiten aus der UdSSR erhalten.

In Bulgarien haben viele Kollektivbauern begonnen, ausserhalb der Kollektivwirtschaften zu arbeiten. Das erwähnt die Zeitung «Zemledsko Zname» im Zusammenhang mit einer Kritik an einem LPG-Leiter als offenbar allgemein bekannte Tatsache.

«Aus schlechter Braunkohle, die oft nass ist wie ein vollgesogener Schwamm und manchmal bis zu 50 Prozent aus Fremdbestandteilen besteht, lässt sich beim besten Willen kein Qualitätsbrikett produzieren», schrieb die Osterliner Wochenzeitschrift «Die Wirtschaft» über Braunkohlenproduktion der DDR.

den Algerienplan selbst anzugreifen. Dieser gehört zu den Streitpunkten im östlichen Krieg in Algerien, Chruschtschew ist es nicht nur an Ferhat Abbas, sondern auch an Frankreich gelegen. Tito gehört schon als «Anti-Maoist» der gemässigten Richtung an.

## Unser Blick bleibt klar

Fortsetzung von Seite 1

solcher demnächst ausbricht —, setzt der Kommunismus die Ersatzmittel im wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und sportlichen Kampf als Träger seines geistigen Angriffes ein. Solange wir nicht kapitulieren wollen, müssen wir uns ebenfalls dieser Mittel bedienen. Zum Beispiel sollten wir durch den gelenkten Osthandel in Zukunft vermeiden, dass die kommunistische Wirtschaft durch kurzfristige Aufträge an den Westen gefährliche Lieferstockungen allzu leicht zu überwinden vermag. Solche Mittel sind nicht unrechtlich oder unmoralisch, oder müssen es nicht unbedingt sein. Sie sind aber die einzige Waffe, die wir im Kampfe einsetzen können. Wir können deshalb den Osthandel befürworten, soweit er sich diesem politischen Motiv unterstellt. Aus diesem Grunde befürworten wir auch Ausstellungen westlicher Industriegüter in kommunistischen Ländern, weil solcherweise den Ostvölkern wichtige Informationen vermittelt werden können. Deshalb befürworten wir insbesondere eine zentrale Leitung des gesamten Wirtschaftsverkehrs der freien mit der kommunistischen Welt, weil eine solche Stelle allein den politischen Ueberblick wahren und die Koordination in die Wege leiten könnte. Wir lehnen aber jenen Osthandel ab, der (wie heute meist) privater Gewinnsucht entspringt.

Wir warnen ausdrücklich vor der allzu schablonenhaften Auffassung, die den hermetischen Abschluss predigt und zur Meinung verföhrt, mit solcher Proklamation von bloss scheinbarer Gesinnungsstärke, Kompromisslosigkeit und angeblich unumstösslichen Prinzipien seien unsere Positionen gesichert. Davor ist zu warnen, weil wir uns so der eigenen Kampfmittel berauben und dadurch mit zum Sieg des Kommunismus beitragen würden.

Wir haben — von dem längst behobenen und erklärten «Zwischenfall» abgesehen — bewusst keine Doppelzüngigkeit auf dem Gewissen. Wer uns einen «schielenden Blick» vorwirft, ohne die Umstände studiert zu haben, handelt unbesonnen, wer es tut, nachdem er die Frage untersucht hat, handelt unverantwortlich.

Der «Beobachter» hat uns aus Sorge um unser aller Zukunft angegriffen. Wir sehen in ihm einen Mitstreiter, weil auch wir von der gleichen Sorge erfüllt sind. Wir möchten aber dem «Beobachter» «einen klaren Blick» wünschen, damit nicht durch falsche Methoden unsere Zukunft bedroht werde. Der beste Wille kann gefährlich sein, wenn er sich der falschen Mittel bedient.

Pam Jahn.